

DIESE GRÜNEN!

Taten statt Warten –

■ oder: Klimaschutz kann jeder!

Newsticker: „Beyenburger Stausee nur noch eine Pfütze – Kanusport eingestellt“; „Unterricht via Internet - bis auf weiteres hitzefrei in Schulen und Kindergärten“; „WSV-Spiel wegen hoher Ozonwerte abgesagt“; „Auto-freie Talachse – nur in Notfällen mit dem Auto fahren“; „Bereits 50 Hitze-opfer in Wuppertaler Altenheimen“... Sommer 2027 in Wuppertal! Wenn wir so weiterleben wie bisher, wird diese Vision vielleicht schneller Wirklichkeit, als wir uns das heute vorstellen können. Klimaschutz muss also jetzt beginnen – nur: Wer fängt an?!

leichter fällt uns das natürlich, wenn sich schadstoffarme Autos auszahlen. Eine Kfz-Steuer, die nicht mehr nach der Größe des Motors berechnet wird, sondern nach dem CO2-Ausstoß, ist deshalb der richtige Weg. Auch ein Tempolimit auf Deutschlands Auto-bahnen wäre kein Drama, hätte aber eine entscheidende Wirkung. Ein paar Minuten längere Fahrtzeit, die dem Klima gut tun. Ein Leben gänzlich ohne Automobil ist möglich. Nicht wenige ZeitgenossInnen leben un-motorisiert, teils aus Umweltbewusst-sein, teils aus Armut oder weil sie ein-fach keines brauchen.

im Energie-Bereich führen zu einem kontinuierlichen Rückgang des CO2-Ausstoßes. Aber das allein reicht bei weitem nicht aus. In der Sitzung des Ausschusses für Umwelt am 27.02.07 wurde deut-lich, dass wir die Treibhaus-Emis-sionen noch viel stärker einsparen müssen. Dies bezieht sich nicht nur auf die energiebedingten CO2-Emis-sion, jetzt muss auch endlich neben Feinstaub und Stickstoffoxiden auch der Kohlendioxidbelastung im Stra-ßenverkehr der Kampf angesagt wer-den. Für ein Fünftel des gesamten CO2-Ausstoßes in Deutschland ist

gereichten SPD-Antrag zuzustimmen und gleichzeitig den GRÜNEN Antrag mit konkreten Vorschlägen abzuleh-nen. Bewiesen haben sie somit ein-mal mehr, dass ihnen Machtpolitik vor Sachpolitik geht, sogar beim Klima-schutz.

Also, machen Sie sich unabhängig von den Sonntagsrednern und wer-den Sie aktiv. Denn: Klimaschutz kann jeder! Sie selbst, ihre Nachbar-in, ihr bester Freund, wir alle haben jede Menge Möglichkeiten, aktiv zum Klimaschutz beizutragen. Hier eine kleine Auswahl:

- Fahren Sie doch mal wieder Schwebebahn!
- Überheizen Ihre Wohnung nicht, kurzes Stoßlüften kühlt die Räume nicht ab.
- Investieren Sie in die Wärmedäm-mung Ihres Haus oder Ihrer Woh-nung, das spart Heizkosten!
- Machen Sie es wie die Australier: Energiesparlampe statt Glühbirne – hält zehnmal so lang!
- Ein Klick: Schalten Sie Elektroge-räte ganz aus statt auf Standby.
- Mit Grünem Strom zahlen Sie fast dasselbe, fördern aber Erneuerbare Energien.
- Kaufen Sie kein Tropenholz. Die Rodung ganzer Wälder in den Tro-pen belastet das Weltklima extrem.
- Wenn Sie ein Auto brauchen, kau-fen Sie eines mit geringem Ver-brauch. Schont auch den Geldbeu-tel!
- Rauf aufs Fahrrad – der Frühling kann kommen!
- Rasen Sie nicht – der Sicherheit und der Umwelt zuliebe. Mit 80 oder 120 km/h kommen Sie auch schnell ans Ziel.
- Gemeinsam statt einsam – bilden Sie Fahrgemeinschaften!
- Zug statt Flug – Genießer rauschen mit der Bahn durch die Landschaft. Fliegen ist außerdem die weltweit am schnellsten zunehmende Quelle von CO2-Emissionen.

Weitere Klimaschutztipps finden Sie im Internet oder rufen Sie uns, die GRÜNE Fraktion in Wuppertal, an: 0202 / 563 62 04.

Wenn alle mitmachen, könnte der Newsticker 2027 folgende Meldungen bringen: „Rekordergebnis: Windpark Kleine Höhe versorgt 50.000 Wupper-taler Haushalte“; „20 Jahre Radwege - Nordbahntrasse feiert Jubiläum“; „Mediterranes Flair – volle Straßenca-fés im historischen Teil der B7“...

Weitere Informationen im Internet: www.climatechange.eu.com/ www.klimaschuetzen.de www.klimasuchtschutz.de www.bund.net/klimaschutz



Es gibt keinen anderen Weg, als jetzt global und lokal zu handeln. Auch wir spüren den Klimawandel bereits: Trockene, heiße Sommer, milde Winter ohne Schnee, heftige Orkane – und das ist möglicherweise erst der Anfang. Deshalb müssen jetzt alle handeln, von der EU bis zu jeder einzelnen BürgerIn. Bundesregierung und EU müssen einen effektiveren Emissionshandel betreiben. Konsequenterweise geförderte Erneuerbare Energien und Techniken der Energieeffizienz können lang-fristig unseren Bedarf decken. Intel-ligentes Energiesparen, etwa beim Heizen, Kühlen oder Wäschewaschen – das geht schon jetzt. Auch die Wirtschaft ist gefragt, den Klimawandel als Chance zu begreifen. Die Zukunft gehört schadstoffarmen Fahrzeugen, dem Dieselrußfilter und Hybridmotoren. Die deutsche Auto-mobilindustrie steckt hier noch in den Kinderschuhen und sollte jetzt inves-tieren. Dabei können wir sie unterstüt-zen. Denn wenn umweltfreundliche Autos gefragt sind, kommt die Indus-trie nicht umhin, sie anzubieten. Noch

Wuppertal ist entschlossen, klima-freundlicher zu werden. Die Stadt ist 1991 dem internationalen Klima-bündnis beigetreten. Ziel ist bisher, den energiebedingten CO2-Ausstoß bis zum Jahr 2010 um 38 % im Ver-gleich zu 1992 zu senken. Pro Nase erzeugen wir in Deutschland jedes Jahr etwa 10 Tonnen des klimaschäd-lichen Treibhausgases CO2. Die Städte und Gemeinden, die sich wie Wuppertal dem Klima-Bündnis ange-schlossen haben, wollen langfristig diesen Wert auf ein Viertel senken. Dabei setzen wir auf drei Lösungs-wege: Energiesparen, Energieeffizi-enz und Erneuerbare Energien. In den vergangenen Jahren hat die Stadt Worte in engagierte Taten umgesetzt. So sorgt im Heizkraftwerk Barmen eine neue Gas- und Dampfturbinen-Anlage für effiziente Energieerzeu-gung. Außerdem gibt es in Wupper-tal moderne Wasserkraftanlagen, ein Sanierungsprogramm für städtische Wohnungen und viele neue effiziente Heizungen in städtischen Gebäu-den. Diese und andere Maßnahmen

der Verkehr verantwortlich. Deshalb brauchen wir dringend auch Vorga-ben und Einsparziele für Autos und LKW, umso mehr, als die Fahrzeuge auf den Straßen immer mehr werden. Wenn wir hier nicht auch konsequent an der Reduzierung des Treibhaus-gases arbeiten, nutzen die Bemü-hungen im Energiesektor nichts, und wir führen unsere eigenen Anstren-gungen ad absurdum. DIE GRÜNEN haben in einem Antrag an den Umweltausschuss noch wei-tere Maßnahmen für den Klimaschutz gefordert. Sie fordern die Stadt auf, dezentrale Blockheizkraftwerke zu fördern, das Fernwärmenetz besser auszunutzen, Niedrigenergiestand-ards für kommunale Neubauten fest-zuschreiben, das Bus- und Bahnange-bot zu verbessern und mehr Radwege zu bauen. Daneben soll eine bereits im Januar beschlossenen Klima-schutzkampagne für ein Umdenken in den Köpfen sorgen. SPD und CDU entblödeten sich nicht, aus Parteikal-kül einem teilweise inhaltsgleichen aber unkonkreteren, kurzfristig ein-



Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser,

früher denn je grünt und blüht es in diesem Jahr: Der Früh-ling fängt an. Das ist leider kein Anlass zur Freude. Wetterchaos, Klimawandel, Treibhauseffekt, Orkane und Überschwem-mungen sind die Stichworte zu diesem Phänomen. Die GRÜNEN stellen dazu seit ihrer Gründung die richtige Dia-gnose hinsichtlich des mensch-lichen Einflusses auf das Klima. Es hat fast dreißig Jahre gedau-ert, bis diese Diagnose Allge-meingut geworden ist - alle seriösen Vertreterinnen und Vertreter der anderen Parteien teilen sie inzwischen. Lesen Sie, was wir politisch auch in Wuppertal tun müssen, um die Erderwärmung zu stoppen und was Sie selbst tun können, ganz ohne großen Aufwand. Außer-dem haben wir wie immer alle weiteren Aktivitäten und Ent-scheidungen im Tal auf den nächsten Seiten für Sie gebün-delt. Lust auf Neuigkeiten?

Ihr Redaktionsteam

AUS DEM INHALT

Seite 2
Aus der BV
Langerfeld-Beyenburg

Seite 3
Eduard von der Heydt Preis

Seite 4
Gastkommentar:
Diese Trasse bringt
Wuppertal weiter

Seite 5
Die Planungszelle -
Modere Bürgerbeteiligung

Vorgestellt: das GRÜNE Team

■ der BV Langerfeld-Beyenburg – Thomas Sperling



Im Grunde bin ich ein gebürtiger Schwelmer. Während ich als Kind im quiriligen bergischen Oberzentrum Wuppertal mit seinem schon damals breit gefächerten Kulturangebot zu Hause war, ging ich in Schwelm zur Schule, in einer beschaulichen, traditionsverbundenen, westfälischen Kleinstadt. Vielleicht sind mir des-

halb Gratwanderungen nicht ganz fremd. Heute, als 43-Jähriger, bin ich Fraktionssprecher von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Langerfelder Bezirksvertretung. Politisch geprägt wurde ich durch meinen urkommunistischen Großvater und meine sozialdemokratisch orientierten Eltern. Die Friedens- und Anti-AKW-Bewegung

der 70er und 80er Jahre habe ich bewusst miterlebt. Sie machten früh einen politisch interessierten Menschen aus mir. Auch deshalb habe ich meine politische Heimat bei den GRÜNEN gefunden. Politisches Interesse war mir nicht genug. Es gab schon damals viele Baustellen in der Welt, an denen dringend gearbeitet werden musste. Vom Hin- oder Wegsehen verändert sich nichts. Also entschloss ich mich zu handeln. Wegen der Folterdiktaturen in Südamerika wurde ich Mitglied bei amnesty international und unterstützte damit die Organisation, die sich weltweit für Menschenrechte einsetzt. Nachdem die Studie „Global 2000“ des Club of Rome erschien, habe ich mich zu umweltpolitischem Engagement entschlossen. 2001 bin ich den GRÜNEN beigetreten, die ich seit 2004 in der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg verrete. Sozial, ökologisch, basisdemokratisch – so würde ich meine politische Basis beschreiben. Ich engagiere mich für mehr Bürgerbeteiligung, eine solidarische Gesellschaft und ökologische Erneuerung, die ein friedliches Zusammenleben in einer gesunden Umwelt nachhaltig sichern soll. Zusammen mit meinem Fraktionskollegen Michael Berger versuche ich gezielt, sachlich orientierte, ideologiefreie Politik zu machen, die sich von keinerlei Einzelinteressen beeinflussen lässt.

Aus der BV

■ Langerfeld-Beyenburg

Die Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg kümmert sich um die örtlichen Belange, hauptsächlich um Anliegen aus dem Bereich Bauen und Verkehr. Mitglieder aller Wuppertaler Fraktionen sind darin vertreten – eigentlich. Denn der Bezirksvertreter der Wählergemeinschaft ist seit einem Jahr spurlos verschwunden. Für die GRÜNEN gehören Thomas Sperling (Fraktionssprecher) und Michael Berger der Bezirksvertretung an. Auch SPD, CDU und je ein Vertreter der FDP und der PDS/Linken sind dabei. Die meisten Entscheidungen werden einstimmig gefasst, was ein gutes Zeichen für pragmatische, sachorientierte Politik ist. Schade ist, dass die Baumschutzsatzung gegen den Willen der GRÜNEN abgeschafft wurde. Auch die Steinhäuser Bergstraße soll weiter bebaut werden – ein Stück weniger Natur. Ein Gewinn für den Stadtteil ist aber etwa die neue Kletterhalle im Rauen-tal. Wir bemühen uns, Schönes zu bewahren und freuen uns, dass es gelungen ist, das Gartenhallenbad Langerfeld, die Sporthalle Buschenburg und die denkmalgeschützte Turnhalle Am Hedtberg zu sanieren. Auch die Grundüberholung des Spielplatzes Windhukstraße ist in Zeiten knapper Kassen längst keine Selbstverständlichkeit mehr. In diesem Jahr wird uns besonders die Offene Ganz-

tagsgrundschule Fritz Harkort weiter beschäftigen. Nach intensiven Überlegungen soll die neue Schule nun Am Timpen/Galmeistraße gebaut werden. Obwohl Kinder immer ein Gewinn sind, stößt dieser Plan nicht bei allen auf Verständnis. Ein neues Schulgebäude ist aber dringend notwendig, denn die Kinder lernen derzeit in Containern und haben kaum Platz zum Spielen. Der Zeitplan für den Neubau steht zwar noch aus, aber die GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass die Kinder möglichst schnell wieder in freundlicher Umgebung lernen können. Die Bezirksvertretung unterstützt regelmäßig Vereine, Schulen und andere Einrichtungen. So erhielt u.a. der Verein für Kanusport in Beyenburg 5.000 Euro für neue Boote und Paddel nach dem Brand im Bootshaus. Wir sind Schulen und Vereinen bei Anträgen gern behilflich. Auch für Themen, die Sie persönlich bewegen, stehen Ihnen die GRÜNEN Bezirksvertreter immer gerne zur Verfügung. Sprechen Sie uns an! Herzlich willkommen auch zu den Sitzungen der Bezirksvertretung, sie sind öffentlich.



Waldschäden nach „Kyrill“

Wie schlimm die Schäden durch den Orkan wirklich sind, muss man mit eigenen Augen sehen.

Deshalb trafen sich auf Initiative der GRÜNEN Ratsfraktion Mitglieder des Umweltausschusses, der Bezirksvertretung, der Verwaltung und Sylvia Löhrmann, Vorsitzende der GRÜNEN Landtagsfraktion, auf dem Ehrenberg in Langerfeld-Beyenburg. Hier

hat Orkan „Kyrill“ am 18.01.2007 die größten Schäden in Wuppertal verursacht. 48.000 Waldbäume, überwiegend Fichten, wurden östlich der A1 entwurzelt oder umgeweht. Insgesamt sind im Stadtgebiet 57 Stadtbäume, 644 Bäume in Grünanlagen und 57.500 Waldbäume gefallen. Jetzt bedrohen unzählige Borkenkäfer zusätzlich die Wälder. Die Forstbehörden werden noch mindestens



bis zum nächsten Jahr mit der Beseitigung des Holzes beschäftigt sein. Die anschließende Wiederaufforstung wird bis 2012 dauern. Nadelwald in Mischwald umzuwandeln, hat sich als Strategie bewährt. Auch Waldkalkungen waren richtig und konnten die Schäden begrenzen. Denn Luftschadstoffe versäuern die Böden, wodurch Bäume sonst ihre Standfestigkeit verlieren können.

Vorgestellt: das GRÜNE Team

■ der BV Langerfeld-Beyenburg – Michael Berger

Seit 2004 bin ich Mitglied der Bezirksvertretung Langerfeld. Vor fast 30 Jahren aus dem regnerischen Aachen in das noch regnerischere Wuppertal gezogen, weiß ich, dass Sonne pure Energie ist – nicht nur fürs Gemüt, sondern auch für die Umwelt. Seit 1984 wohne ich in Langerfeld und bin seither mit dem Erhalt und Umbau eines alten Fachwerkhäuses beschäftigt, wobei mir meine Kenntnisse als Bauingenieur zuweilen sehr hilfreich sind. Ich bin verheiratet und habe zwei erwachsene Söhne. In meiner Freizeit unternehme ich gern Rad- und Kanutouren. Bei zu langen Strecken steige ich auf mein Motorrad. Politisch engagiere ich mich besonders für Erneuerbare Energien. Strom aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse schont unsere Umwelt. Mein zweites Anliegen ist eine nachhaltige Stadtentwicklung. Immer mehr große Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“ zwingen kleine, alteingesessene Ein-



zelhandelsbetriebe zu schließen und mindern die Attraktivität der Innenstädte. Gleichzeitig bedeutet das auch zunehmenden Stadtverkehr zum Shopping Center hin und wieder zurück. Die Autoabgase steigen nicht nur in die Nase, sondern verstärken auch den Klimawandel. Das ohnehin langgezogene Wuppertal hat nicht einmal ein funktionierendes Radwegenetz. Das macht allen, die sich umweltfreundlicher durch die Stadt bewegen wollen, zusätzlich das Leben schwer. Immerhin könnte der Ausbau der Bahntrasse Nord als Radweg Impulse für eine Veränderung bringen. Dieses Projekt liegt mir sehr am Herzen. Auch wenn in Wuppertal das Geld fehlt und die wesentlichen politischen Weichenstellungen und Entscheidungen außerhalb der Bezirksverwaltung getroffen werden, möchte ich mich hier in Langerfeld und Beyenburg besonders engagieren.

Impressum

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
Internet: www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)
Sylvia Meyer (Redaktion), Lorenz Bahr,
Michael Berger, Bettina Brücher, Klaus
Lüdemann, Gabriele Mahnert, Paul Yves
Ramette, Ilona Schäfer, Marc Schulz,
Susanne Sperling, Thomas Sperling

Gastkommentar:
Lorenz Hoffmann-Gaubig, WuppertalBewegung

Alle Fotos, soweit nicht anders
gekennzeichnet: Jörg Lange

Satz, Gestaltung und Druck:
talwild gmbh, Herderstraße 1,
42327 Wuppertal

Auflage: 48.105

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA und Hasret,
Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Str.
109-111; ASTA, Berg. Universität; Behindert - na
und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; BUND,
Luisenstraße 108; Café Moritz, Höhe 22; Cinema,
Berliner Straße; Forum Maximum im Rex, Kipdorf
29; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3; Nach-
barschaftsheim, Platz der Republik; Lebensbaum,
Sophienstraße

Die Abgabe ist kostenlos!

Eduard von der Heydt-Preis

Kann ein Nazi-Aktionist Namensgeber sein?

Wuppertals Kulturpreis ist nach Eduard von der Heydt benannt. Der Elberfelder Bankier und Baron war aber nicht nur ein großer Unterstützer der Kunst und Kultur, sondern auch der Nationalsozialisten im Dritten Reich. Deswegen diskutiert Wuppertal, ob der Kulturpreis nicht besser umbenannt werden sollte. Unter dem Titel: „Preiswürdig? Die Stadt Wuppertal und der Eduard von der Heydt-Preis“ fand am 11.2.2007 mit Unterstützung u.a. der GRÜNEN eine ganztägige Diskussionsveranstaltung in der Begegnungsstätte Alte Synagoge statt. Hajo Jahn, Vorsitzender der Else-Lasker-Schüler-Gesellschaft, hatte bereits gefordert, dem Preis einen neuen Namen zu geben.

Um die Entscheidungsfindung auf eine solide Grundlage zu stellen, erläuterten mehrere Fachleute die Rolle des Mäzens aus unterschiedlichen Perspektiven. So beleuchtete der Historiker Dettlef Bell den familiären Hintergrund von der Heydts und beschrieb ihn als „deutschnationalen, kaisertreuen Geschäftsmann mit sehr schwierigem Charakter“. Der Stadtarchivar Dr. Uwe Eckardt berichtete über die 1950er Jahre, als der Rat der Stadt Wuppertal die Umbenennung und die Ehrung des Kunstmäzen vornahm. Der Historiker Dr. Thomas Buomberger beschrieb die Zeit und das Wirken von der Heydts in der Schweiz. Nachdem der Soziologe Dr. Christian Schneider die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in „eine kleine Generationengeschichte des Nationalsozialismus“ eingeführt hatte,

begann eine lebhafte Diskussion um den Namen des Kulturpreises. Zum Ende des Symposium gab es viel Zuspruch für ein Fazit von Dr. Buomberger: Von der Heydt war während der Nazi-Diktatur offensichtlich eher Täter als Mitläufer. Deshalb fordert die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN klar eine Umbenennung des Wuppertaler Kulturpreises. Gleichwohl soll die Stadt die Gelegenheit bekommen, das noch ausstehende Gutachten von Dr. Knieriem, Leiter des Historischen Zentrums, zum Thema vorzulegen. Schließlich geht es um eine seriöse, verantwortungsvolle Entscheidung auf einer breiten, zuverlässigen Faktenbasis. Der größte Teil der Fakten spricht bereits jetzt gegen einen Nazi-Aktionisten als Namensgeber für den renommierten Wuppertaler Kulturpreis.



Stolpersteine

Die berühmten Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig gibt es jetzt auch in Wuppertal. Seit Anfang des Jahres erinnern drei Würfel im Bürgersteig an Opfer der Nazi-Diktatur. Etwa an der Bleicherstraße 10 in Barmen stolpert man über sie. Während des zweiten Weltkriegs wohnte dort das Ehepaar Rappoport, das am 20. Juli 1942 ins Konzentrationslager Theresienstadt abtransportiert wurde. Zwei Monate später verstarben beide im Vernichtungslager Treblinka. Infos oder Spenden zur Gedenksteinlegung: Verein Stolpersteine in Wuppertal e. V., Dr. Ute Otten, Tel.: 42 09 14.



Quelle: Prof. Dr. Manfred Brusten

Klimaschutz beginnt am Kipdorf

In der Elberfelder Innenstadt fehlen Bäume. Entsprechend enttäuschend ist deshalb, dass jetzt noch zusätzliche gefallen sind. Schuld ist die SPD, die in Sonntagsreden für Klimaschutz wirbt und montags zur Kettensäge greift. Gemeinsam mit CDU und FDP beschloss sie Anfang Februar, die vier Bäume auf dem Kipdorfer Parkplatz zu fällen. Dabei gab es zwei Alternativen für das Parken trotz der Bäume: Man hätte Parkplätze senkrecht zur Straße einrichten können, der hintere Bereich wäre frei geblieben. Oder die Stadt hätte mit geringem Aufwand schräge Parkmöglichkeiten auf dem Kipdorf mit Parkscheinautomat einrichten können. Die Kosten wären so schon nach kurzer Zeit eingespielt worden. Der bisherige Park-

platz hätte dann eine Grünfläche mitten in der Stadt werden können. Diesen Vorschlag hat die Elberfelder

Bezirksverwaltung mit dem Hinweis aufs vorübergehend fehlende Geld abgeschmettert. Dabei beginnt Klima-



ANZEIGE

DIE LINKSPARTEI. PDS
Kreisverband Wuppertal
Ratsfraktion Wuppertal

laden ein
zur Informations- und Diskussionsveranstaltung

Schatten der Vergangenheit

- Braune Relikte und Neofaschismus in Wuppertal -

am

Samstag, den 10.03.2007

9.30 h - 17.00 h

in die

Färberei,

(Stennert 8, 42275 Wuppertal)

Über 60 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges und der Beseitigung des Nazi-Regimes in Deutschland finden sich immer noch Relikte aus und Bezüge zu der Zeit faschistischer Terrorherrschaft im öffentlichen Raum, im öffentlichen Bewusstsein und in der öffentlichen Kultur. Auch in Wuppertal ist die Aufarbeitung brauner Vergangenheit längst nicht vollständig und umfassend gelungen. Vielerorts begegnen uns im öffentlichen Raum Objekte mit direktem Bezug zu Deutschland unguter Vergangenheit, treffen wir auf kritikwürdige Straßenbezeichnungen und sind mit fragwürdigen Kulturpreisbenennungen konfrontiert. Das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in unserem Land ist auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch nicht frei von Fehlentwicklungen, die ihre Wurzeln nicht zuletzt in Deutschlands schlimmster Zeit haben. Diesen Tendenzen nachzuspüren, Probleme aufzudecken und zu diskutieren und weiterführende Perspektiven einer gesellschaftspolitischen Entwicklung hin zu einem Miteinander frei von (neo-)faschistischen Bedrohungen aufzuzeigen, ist das Ziel unserer Veranstaltung.

Mitwirkende u.a.:

Marco Genesi (Beauftragter des WSV-Fanprojektes)
Dr. Dieter Nelles (Historiker)
Yacob Teclerb (Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz)
Erhard Ufermann
Jochen Vogler (Kreisvorsitzender VVN/Bund der Antifaschisten)

Kasino-Kreuzung:

Große Koalition lehnt Poesie ab

Die Kasino-Kreuzung ist ein trister Fleck mitten in Wuppertals Herzen. Die GRÜNEN hatten sich deshalb dafür stark gemacht, ihm Leben, Geschichte und Poesie zu geben. Der Elberfelder Künstler Heinz Velten überzeugte uns mit seinem Entwurf, auf der Kreuzung ein Zitat von Else Lasker-Schüler aufzumalen: „Ich bin verliebt in meine Stadt und bin stolz auf seine Schwebebahn, ein Eisengewinde, ein stählerner Drachen, wendet und legt er sich mit vielen Bahnhofsköpfen und sprühenden Augen über den schwarz gefärbten Fluss.“

Leider muss diese künstlerische Variante nun doch dem bisher vorgeschlagenen Schachbrettmuster weichen. Keine Kultur an der Kasinokreuzung, obwohl viele Einheimische wie auch Besucher, etwa des Von der Heydt-Museums, das sicher besonders gefunden hätten. Auch das Else Lasker-Schüler-Denkmal ist nur wenige Meter entfernt. Deutlich wurde, dass die große Koalition nicht über ihren Schatten springen und von ihrem einmal beschlossenen Konzept abrücken wollte. Also bleibt die Kreuzung am Kasinokreisel ein trister Fleck in Wuppertal – mehr als schade.

schutz am Kipdorf. Genau da. Die Grünen wollen ein Neubauprogramm für Elberfeld und ganz Wup-

pertal. Für Elberfeld halten sie 400 neue Bäume für möglich, für Wuppertal 4000.



Mogelpackung Kindergartengesetz

Kaum hatte die schwarz-gelbe Landesregierung in Düsseldorf die Eckpunkte für ein neues Kindergartengesetz vorgestellt, diskutierten über 80 WuppertalerInnen ein paar Stunden später auf Einladung der GRÜNEN Fraktion die konkreten Auswirkungen. Klar ist: Das neue Kindergartengesetz bedeutet eine Verschlechterung. Landesweit soll beim Personal gekürzt werden. Weniger Personal bedeutet aber auch schlechtere pädagogische Standards – zulasten der Kinder und der ErzieherInnen. Familienminister Laschet will neue Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren über Personalabbau finanzieren. In der neuen regulären Kindergartengruppe sollen künftig auch die zweijährigen Kinder von nur zwei Fachkräften mitbetreut werden. Sie brauchen viel mehr Zuwendung und Betreuung. Für diese zusätzlichen Aufgaben soll es aber kein zusätzliches Personal geben. Zusätzliche Betreuungsplätze für die Kleinsten werden auch in Wuppertal nur auf Kosten der Betreuungsstandards und auf dem Rücken der Beschäftigten entstehen können, befürchten die GRÜNEN. Von den Landesmitteln, die NRW zukünftig bereitstellen will, profitieren die Kirchen. Ihr Anteil zur Finanzierung soll sinken. Die Eltern hingegen werden auch weiterhin mit 19 Prozent zur Kasse gebeten. Sie sollen dem-

nächst fast doppelt so viel ins Betreuungssystem einzahlen wie die Kirchen. Bei einkommensschwächeren Familien sollte eigentlich die Stadt aushelfen und die Elternbeiträge, die ausbleiben, übernehmen. Das kann die Stadt aber nicht mehr leisten – ebenfalls weil die schwarz-gelbe Landesregierung hier Mittel gekürzt hat. Also werden die Elternbeiträge weiter erhöht. Die Landesregierung hat die Möglichkeit verspielt, den Elternanteil auf das realistische Maß von 13 Prozent zu senken. Von beitragsfreier Kinderbetreuung, etwa im letzten Kindergartenjahr, ist keine Rede mehr. Rechtsanspruch auf die Kinderbetreuung der Kleinsten unter drei Jahren? Fehlanzeige! Wir brauchen dringend viel mehr Betreuungsplätze. Hamburg und Sachsen haben bereits einen Rechtsanspruch. Die ganze Finanzierung ist eine Mogelpackung, weil zukünftig vom gleichen Betrag, den es auch 2005 schon einmal gab, nicht nur die Kinderbetreuung, sondern auch Sprachförderung und die Familienzentren bezahlt werden sollen. Da das eigentlich Gesetzgebungsverfahren jetzt erst beginnt, wurde von allen anwesenden ErzieherInnen der Wille zu weiteren Protesten geäußert. So kann NRW keine zukunftsfähige Kinder- und Jugendpolitik gestalten!



Unser Team – vorgestellt heute:

■ Susanne Sperling



Susanne Sperling ist Wahl-Wuppertalerin – aus Liebe zur Stadt und ihrem Mann. Sie lebt auf dem Ehrenberg, wo sie mit ihrer Familie seit einigen Jahren einen über 100 Jahre alten ehemaligen Trinkwasserbehälter als Wohngebäude saniert – eine gemeinsame Lebensaufgabe. Seit 14 Jahren ist Susanne Sperling politisch aktiv. Mit ihrer hauptamtlichen Tätigkeit als Parteigeschäftsführerin beim Kreisverband hat sie ihr Interesse zum Beruf gemacht. Sie betreut die Mitglieder, organisiert Veranstaltungen, Aktionen oder Wahlkämpfe. Mit Heinrich Böll beschreibt sie ihr Lebensmotto: „Eimischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben.“ Deshalb ist sie

auch in ihrer Freizeit oft für die Ratsfraktion unterwegs. 2004 wurde sie als erste GRÜNE Stadtverordnete aus Langerfeld über einen Listenplatz in den Stadtrat gewählt. Sie vertritt die GRÜNEN unter anderem im Sportausschuss. Eines ihrer Schwerpunktthemen ist die Gleichstellungspolitik. So gibt sie sich nicht damit zufrieden, dass Frauen immer noch ein Viertel weniger Gehalt als Männer bekommen - trotz besserer Schulabschlüsse und Ausbildungen. Für mehr finanzielle Gerechtigkeit muss man streiten, sagt Sperling – ebenso wie für eine gute, flexible und bezahlbare Betreuung von Kindern und vieles andere. Darum sollten sich noch deutlich mehr Frauen in die Politik einmischen. Denn eine gleichberechtigte

Gesellschaft für Frauen und Männer birgt nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. In der GRÜNEN Ratsfraktion etwa sind mehr Frauen als Männer vertreten, während es in fast allen anderen Gremien in der Kommunalpolitik an Frauen mangelt. **Sportangebote aufrecht erhalten** Sport- und Integrationspolitik sind weitere Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit – übrigens durchaus mit direkten Schnittmengen. Denn Sport fördert nicht nur die Gesundheit, ermöglicht Erfolgserlebnisse und stärkt das Selbstvertrauen, Sport ist auch soziales Miteinander und aktive Integrationspolitik. So geht es trotz des gebotenen Sparzwanges darum, das bestmögliche Angebot aufrecht zu erhalten. Das gelingt nicht immer. Aber die Sanierung des Gartenhallenbades Langerfeld, der Sporthalle Buschenburg, des Stadions und der Schwimmoper sind Beispiele für engagierte Sportpolitik. **Kinder in die Vereine** Ihr Herz schlägt für den Handball, und so sieht man Susanne Sperling oft bei Spielen des TV Beyeröhde. Im Sommer betreut sie die Kinder- und Jugendfreizeiten des Vereins. Dabei geht es der 38-jährigen Mutter eines Sohnes vor allem um den direkten Kontakt zu den Jugendlichen, die oft mit vielen anderen Dingen als in ihrer Jugend konfrontiert sind. „Sport kann da eine wichtige Funktion haben“, sagt Sperling. „Im Verein haben Kinder und Jugendliche Spaß, lernen mit Niederlagen umzugehen und sind besser aufgehoben als vor dem Computer oder Fernseher.“ Sperling plädiert dafür, Kinder möglichst früh für Sport zu begeistern. Damit, sagt sie, beuge man gleichzeitig sozialer Einsamkeit vor und unterstütze ein gesundes Leben. Die Ferienangebote der Stadt sind dazu eine gute Möglichkeit, und auch in Zukunft sorgt letztendlich eine rege Nachfrage für ein breites Angebot. Kontakt: Susanne.Sperling@gruene-wuppertal.de

Gastkommentar: WuppertalBewegung

■ Diese Trasse bringt Wuppertal weiter

Gründungsgedanke der Wuppertalbewegung war die Überlegung, wie man der schrumpfenden Wuppertaler Bevölkerung entgegenwirken kann. Unser Ziel ist, durch eine attraktive Stadt den Trend zur Abwanderung zu stoppen. Wir sind überzeugt davon, dass bei einem wachsenden Trend zum Leben in den Städten auch in Wuppertal der Schrumpfungsprozess gestoppt werden kann. Das Projekt des Umbaus der Nordbahn in eine Trasse für die BewohnerInnen scheint uns ein erster hervorragender Ansatzpunkt zu sein. Über wichtige soziokulturelle Wirkungen hinaus erfüllt die Idee auch ökologische Kriterien. Feinstaub und Klimawandel haben in den letzten Wochen wieder einmal zurück in die Diskussion gefunden. Eigentlich gibt es nichts grundlegend Neues, und gewiss wird auch diesmal nach

ein paar Wochen öffentlicher Diskussion das Thema an Bedeutung in den Medien verlieren. Aber im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft müssen wir über Sonntagsreden hinaus konkrete Maßnahmen ergreifen. Die Wuppertalbewegung hat sich eine Aufgabe gewählt, die in diesem Bereich zukunftsweisend ist. Die geplante Umwandlung der stillgelegten Rheinischen Strecke in einen Fuß-, Skater- und Radweg ist ein Projekt, das ökologische Potenziale erschließt. Sie wird Verkehre vom Motorisierten Individualverkehr zu ökologisch verträglicheren Verkehrsträgern verlagern. Sie erreicht dies ohne Zwangsmaßnahmen gegenüber dem KFZ. Allein durch ein gutes Angebot lassen sich hier eine Vielzahl unnützer Autofahrten ersetzen. Aber die Bedeutung des Projekts geht weit darüber hinaus. So wird

die Trasse ein Band durch unsere Stadt sein, das Begegnungen fördert, Stadtteile in einer ungekannten Art verknüpft und Tourismus nach Wuppertal bringt. Die Route ist so spektakulär, dass innerhalb kurzer Zeit beliebte Radwanderrouen durch unsere Stadt entstehen. Es wird Chancen zur Ansiedlung neuer Betriebe an der Trasse geben. Es wird einen erheblichen Imagegewinn der Stadt zur Folge haben, wenn viele Menschen Wuppertal freiwillig die spektakuläre Strecke erkundet haben. Für die Bewohner wird unsere Stadt, gerade auch in der umwobenen Zielgruppe der jüngeren Bevölkerung, deutlich attraktiver. Wer kann schon eine ebene und kreuzungsfreie Verbindung mit ausreichendem Raum für Freizeitnutzungen und Training für Gruppen von Spaziergängern über Läufer, Skater bis zu Radfahrern in seiner Stadt bieten? Soweit der

optimistische Ausblick. Erstaunlich, dass die Entwicklung der Trasse so lange nicht voran kam. Aber immerhin: Heute sind alle Parteien für das Projekt. Die Politik hat sogar über Parteigrenzen hinweg Unterstützung zugesagt. Da es sich hier aber um eine Aktion handelt, in der das Geld nicht aus lokalen öffentlichen Haushalten aufgebracht wird, verschwimmen auch die Rollen der sonst so wichtigen Mehrheitsverhältnisse. So bietet sich allen die Chance, Entwicklung mit zu gestalten, indem sie das Projekt unterstützen. Die Finanzierung ist auf den Weg gebracht, die erste Million bald zugesagt, aber das Ziel noch lange nicht erreicht. Privates Engagement ist gefordert. Das gilt für finanzielle Beiträge, aber auch für Überzeugungsarbeit. Eine Infrastrukturinvestition von voraussichtlich etwa 15 Mio. Euro ausschließlich aus privaten Mitteln und EU-Geldern zu

bestreiten, ist höchst ehrgeizig. Uns ist kein anderes vergleichbares Projekt bekannt. Trotzdem sind wir vom Erfolg überzeugt, weil die Idee einfach zu gut ist, um zu scheitern. Aber ohne Ihr persönliches Engagement wird ein Erfolg nicht zu erreichen sein. Deshalb hoffen wir darauf, dass auch Menschen, die uns in Worten schon weitere Unterstützung zugesagt haben, diesen bald Taten folgen lassen. Und natürlich auf immer neue MitstreiterInnen. Weitere Informationen können Sie sich auch im Internet über unsere Homepage besorgen (www.wuppertalbewegung.de). Für Informationen stehen wir gerne ebenfalls zur Verfügung. Schreiben Sie uns, rufen Sie an, kommen Sie zu uns an die Infostände. Gestalten Sie mit. Lorenz Hoffmann-Gaubig

Die Planungszelle – moderne Bürgerbeteiligung

■ Gespräch mit Prof. Hans J. Lietzmann

DIESE GRÜNEN: Über dem Eingang zum Ratssaal der Stadt steht in lateinisch: Das Wohl der Allgemeinheit ist oberstes Gebot. Herr Lietzmann, heißt das, die Stadt gehört den Bürgerinnen und Bürgern?

Lietzmann: Ja, denn, wenn das Gemeinwohl in modernen Gesellschaften die oberste Richtlinie sein soll, heißt das, dass die Bürger selbst beteiligt sein müssen.

Viele wesentliche Entscheidungen werden gar nicht mehr vor Ort getroffen, sondern im Bund, im Land, in der Bezirksregierung oder auch in der EU. Was bedeutet das für die Bürgerinnen und Bürger in der Stadt?

Das heißt vor allem, dass die gewählten Vertreter der Bürger, also der Stadtrat, und die Bürger selbst die Interessen der Stadt nicht mehr alleine und autonom durchsetzen können. Wichtige Details aber können und wollen sie zu Recht beeinflussen.

Die beiden großen Parteien in Wuppertal, CDU und SPD, wollten diesen kleinen Handlungsspielraum als große Kooperation optimal nutzen. Bringen große Koalitionen mehr Durchsetzungsfähigkeit?

Das öffentliche Wohl ist nichts Einheitliches, es ist nicht homogen. Man kann lange darüber streiten, was dem Gemeinwohl dient; dazu gibt es viele unterschiedliche Vorstellungen und darüber muss eigentlich in einem politischen Wettbewerb entschieden werden. Dieser Wettbewerb ist still gestellt in einer großen Koalition. Die großen Parteien setzen die Politik ihres kleinsten gemeinsamen Nenners durch – und die kleineren Parteien werden nicht mehr gehört. Große Koalitionen sind als Notgemeinschaft verständlich; die demokratische Diskussion aber verarmt unter solchen Mehrheiten, so sind sie eine potenzielle Gefahr.

Gilt das auch für den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die Politik?



Für Bürger sind die Parteien nur in zweiter Linie wichtig. In erster Linie ist es wichtig, dass die Bürger direkt beteiligt werden. Auch große Koalitionen können ihre Legitimation erhöhen, wenn sie Bürgerbeteiligung vorantreiben. Sie können so demokratisch wirksam werden - wenn sie es wollen!

Also ist das Modell der Planungszelle eine Chance für direkte Bürgerbeteiligung in Wuppertal - trotz der großen Koalition?*

Ja, denn die Planungszelle der Bürger ist direkt an politische Entscheidungsverfahren angebunden. Sie macht Vorgaben, indem die Beteiligten Entscheidungen der Stadt vorweg mit Fachleuten diskutieren und dann

einen fundierten Vorschlag erarbeiten, wie diese Entscheidung aussehen sollte. Und das Verfahren ist deshalb besonders demokratisch, weil wirklich jeder durch Zufallsauswahl die Möglichkeit hat, beteiligt zu werden.

Sie haben im letzten Jahr der Politik und Verwaltung Planungszellen in Wuppertal angeboten. Daraufhin haben Sie Unterstützung erhalten, aber auch zurückhaltende Äußerungen, etwa aus der CDU: Die Bürger könnten sich doch in der Bezirksvertretung engagieren, dann bräuhete man keine Planungszelle. Bieten die Parteien und politischen Gremien genug Beteiligungsmöglichkeiten?

Die Parteien haben kein Quasi-Monopol für die Beteiligung der Bürger. Wir

haben eine Verdrossenheit gegenüber der partei-gebundenen Politik. Da, wo wir die Bürger unmittelbar mit einbeziehen, gibt es ein sehr starkes Engagement. Kluge Politiker sehen das.

Wenn aber die Politik, wie wir anfangs festgestellt haben, mittlerweile nahezu handlungsunfähig ist, birgt ein solches Verfahren doch das Risiko, dass Ergebnisse der Bürger, die in einem Gutachten zusammengefasst werden, von der Politik nicht umgesetzt werden können, weil schlicht andere dem Plan einen Strich durch die Rechnung machen können. Wie kann die Politik mit der daraus resultierenden Enttäuschung umgehen?

Die Politik hat eine viel größere Legiti-

mation, wenn die Entscheidungen von den Bürgern unterstützt wird und nicht nur von Parteiversammlungen. Das ist ein wesentlicher Gewinn. Wenn dieses Programm dann an äußeren Widerständen scheitert, dann muss die Politik diese Widerstände mitteilen und mit den Bürgern gemeinsam überlegen, was nun zu tun ist. Auch das ist eine Frage kluger Politik.

*Die Planungszelle ist eine Wuppertaler Erfindung. Sie beschreibt einen Prozess zur Verbesserung von öffentlichen Planungsentscheidungen, an dem zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aufgabenorientiert und zeitlich befristet mitarbeiten. (Für die Zeit ihrer Mitarbeit werden sie von ihrer eigentlichen Beschäftigung im Arbeitsleben freigestellt.).

Lohnungleichheit endlich durchsetzen!

■ GRÜNE Frauen zum Internationalen Frauentag

Noch immer erhalten Frauen für die gleiche Arbeit deutlich weniger Lohn als Männer. Diese Lohn-diskriminierung stand im Zentrum des GRÜNEN Engagements zum diesjährigen Internationalen Frauentag. GRÜNE Mitglieder des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann und andere engagierte GRÜNE Frauen beteiligten sich am 07. März an Informationsständen des Frauennetzes Wuppertal.

Vor dem Gesetz sind Frauen und Männer mittlerweile gleichberechtigt, in der Realität gibt es nach wie vor große Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Selbst heute noch müssen Frauen auch in Wuppertal auf gut ein Viertel des regulären Männerlohns verzichten. Die GRÜNEN fordern deshalb einen effektiven Schutz vor Lohn-

diskriminierung und aktive Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern auch in der Arbeitswelt. In Deutschland sind die Lohnunterschiede europaweit am größten. Das ist nicht nur höchst ungerecht, sondern schwächt auch den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir engagieren uns für klare gesetzliche Vorgaben gegen die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, auch für die Privatwirtschaft. Frauen werden auf dem Arbeitsmarkt gebraucht. Eine Schlechterbezahlung und falsche steuerliche Anreize wie das Ehegattensplitting in Deutschland sind anti-quiert. Wir können es uns nicht leisten, auf das vielfältige Potenzial von Frauen zu verzichten. Auch die Gewerkschaften fordern wir auf, bei Tarifabschlüssen auf transparente und diskriminierungsfreie Entlohnung zu bestehen.



Fahrrad selber kaufen

ABO

geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name

Anschrift

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, daß bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

Kreisverkehr

am Neunteich bleibt

Die GRÜNEN freuen sich sehr, dass sie sich mit einem dauerhaften Kreisverkehr an der Kreuzung Hofkamp/Neunteich durchgesetzt haben. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass der Verkehr weitaus unkomplizierter und zügiger fließt.

Auch die FußgängerInnen freuen sich über weniger Ampeln und mehr Zebrastreifen. Dass bei der Umgestaltung auch an RadfahrerInnen gedacht wird, geht ebenfalls aufs Konto der GRÜNEN. Der dauerhafte Kreisverkehr wird vielleicht sogar noch in diesem Jahr fertig. Die Verwaltung hatte zunächst befürchtet, im Falle des Umbaus zum Kreisverkehr Fördergelder an die Landesregierung zurück zahlen zu müssen – muss sie aber nicht.



Ratschronik 18.12.2006

Kürzungen bei Kindern und Kultur – ohne Konzept
Die letzte Ratssitzung im alten Jahr brachte einiges an Sprengstoff. Ausgerechnet bei Kindern und in der Kultur will die Stadt Mittel streichen, um die Kürzungen des Landes NRW aufzufangen. So soll künftig das kostenlose Mittagessen für bedürftige Kinder wegfallen. Außerdem steht die weitere Existenz des Fuhlrott-Museums auf dem Spiel, und die Wuppertaler Bühnen werden einem harten Spardiktat unterworfen. Fraglich ist auch, wie jetzt die Offenen Ganztagschulen finanziert werden sollen. Eine große Anfrage der GRÜNEN führte zu der Erkenntnis, dass die Wuppertaler Verwaltung kein einziges Konzept für die Sparvorschläge hat. Eine Resolution aus der Bezirksvertretung Elberfeld und viele Änderungsanträge der GRÜNEN konnten leider das Schlimmste nicht verhindern, CDU und SPD lehnten allesamt ab.

Biologische Station Mittlere Wupper sichern
Auf Initiative der GRÜNEN gab es einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen. Er wendet sich gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei den insgesamt 41 Biologischen Stationen in NRW. Auch Remscheid, Solingen und Wuppertal wären betroffen, denn die Biologische Station Mittlere Wupper ist für das bergische Städtedreieck wichtig. Sie setzt Projekte im Natur- und Umweltschutz um, fördert „sanften Tourismus“ durch Exkursionen, Vorträge und Besucherinformationssysteme, arbeitet etwa mit Verbänden zusammen und ergänzt den „amtlichen“ Naturschutz. Der gemeinsame Beschluss aller Fraktionen ist ein deutliches Zeichen an die Landesregierung: Die Biostationen brauchen auch in Zukunft eine sichere Finanzierung.

Gegen die Jugendarbeitslosigkeit

Ausbildungsbetriebe bevorzugen!
Die andauernde Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist ein gesellschaftspolitischer Skandal. Unternehmen bemühen sich zwar, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Viele kleine und mittelständische Unternehmen etwa gehen hier zusammen mit unserer Wirtschaftsförderung im bergischen Land neue und vorbildliche Wege. Trotzdem fehlen auch bei uns noch viel zu viele Ausbildungsplätze.
Auf Anfrage der GRÜNEN Ratsfraktion bestätigte die Verwaltung, dass mittlerweile nur noch zwischen 60 und 70 Prozent aller Jugendlichen direkt nach der Ausbildung einen Arbeitsplatz finden. Jede dritte Schülerin bzw. jeder dritte Schüler eines Jahrgangs findet also keinen Arbeitsplatz mehr! Die ARGE spricht sogar von 80

Prozent der Jugendlichen eines Jahrgangs, die keinen Ausbildungsplatz mehr finden und über verschiedene Warteschleifen qualifiziert werden. Die Diskussionen, ob die derzeitige duale Ausbildung noch zeitgemäß ist oder ob eine Ausbildungsplatzabgabe als letzter Schritt sinnvoll sein kann, sind bundes- und landespolitische Debatten. Was aber können wir hier vor Ort tun? Die GRÜNEN plädieren dafür, ausbildende Unternehmen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen klar zu bevorzugen. Das ist mit Blick auf die Jugendlichen dringend notwendig. Die Wuppertaler Verwaltung hat bestätigt, dass Ausschreibungen an Gemeinwohlkriterien geknüpft werden können. Auch die EU unterstützt diese Idee. Es wäre ein kleiner Schritt, aber ein wichtiges Signal. Die GRÜNE Ratsfraktion hat die Bevorzugung von ausbildenden Betrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nun in einem

Ratsantrag gefordert. Tatsächlich gab es sogar einen entsprechenden einstimmigen Ratsbeschluss der Stadt Wuppertal aus den 80er Jahren, der leider 2001 wieder gekippt wurde. Wuppertal sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Andere öffentliche Träger tun dies bereits und animieren so auch andere dazu, selbst auszubilden. Betriebe mit gesellschaftlicher Verantwortung verdienen Anerkennung und Förderung! Leider lehnte die große Koalition den Antrag im Fachausschuss mit der Begründung ab, dass durch diese Maßnahmen zuwenig Ausbildungsplätze geschaffen würden. Eigene Konzepte legten sie nicht vor.



Ratschronik 12.02.2007

GRÜNE: Kampagne zum Klimaschutz jetzt!
Der kürzlich veröffentlichte 4. UNO-Bericht zum Klima muss uns endlich wachrütteln. Die letzten verheerenden Folgen des Orkans Kyrill lassen sich am Ehrenberg besichtigen. „Diskutieren hilft nicht weiter, jetzt muss gehandelt werden“, so Bettina Brücher, GRÜNE Stadtverordnete und Vorsitzende des Umweltausschusses. „Noch haben wir eine Chance, den Klimawandel zu begrenzen – nutzen wir sie!“ Der Umweltausschuss und der Rat beschlossen auf Antrag der GRÜNEN einstimmig eine Werbekampagne zum Thema Klimaschutz und Energiesparen. Denn Klimaschutz ist global, aber auch lokal. „Wir alle können hierzu etwas Wichtiges beitragen“, so Brücher.

Arbeitsfähigkeit der ARGE sicherstellen
Eine Resolution aller im Rat vertretenen Fraktionen wurde mit großer Mehrheit angenommen. Darin wird

gefordert, alle befristeten Stellen bei der ARGE Wuppertal in unbefristete Stellen umzuwandeln anstatt sie, wie vom Bund geplant, durch neues fachfremdes Personal zu ersetzen.

Resolution LandesPersonalvertretungsGesetz (LPVG)
Die Landesregierung will die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten massiv einschränken, die Wuppertaler Fraktionen CDU, SPD, GRÜNE und Linke wollen dies nicht. Deshalb beantragten sie gemeinsam eine Resolution zum LPVG, die mit großer Mehrheit vom Rat beschlossen wurde. Die GRÜNEN sind der Meinung: Privatisierungen dürfen nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen. Keine Besetzung von Stellen nach politischem Proporz! Keine Reduzierung der freigestellten Personalräte. Kein Personalmanagement, das die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten komplett aushebelt und Menschen relativ frei innerhalb des Landes versetzen kann.

LandesPersonalVertretungsGesetz (LPVG)

Die schwarz-gelb geführte Landesregierung plant die massive Einschränkung der Mitbestimmung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Die wichtigsten Kritikpunkte der GRÜNEN an dem entsprechenden Entwurf des Landespersonalvertretungsgesetzes sind:

Personalrat soll bei Privatisierungen nicht mitreden dürfen
Wenn kommunale Leistungen zukünftig durch Privatfirmen erledigt werden sollen, fallen viele bisherige Arbeitsplätze innerhalb der Verwaltung weg. Rechte der Beschäftigten sind betroffen, Überleitungsverhandlungen stehen an. Nach GRÜNER Auffassung muss in dieser Situation auch zukünftig der Personalrat unbedingt mit an den Tisch, damit die Privatisierung nicht zu Lasten der Beschäftigten geht.

Personalrat soll nicht über Führungskräfte mitentscheiden
Auch bei der Einstellung von Füh-

rungspersonen wie RessortleiterInnen sollte der Personalrat weiterhin mitreden. Die Landesregierung will ihn künftig erst bei Einstellungen in der Besoldungsgruppe B 3 und höher beteiligen. Das ist falsch, meinen wir, wenn man Stellen nicht nach politischem Proporz besetzt haben will. Eine Politisierung der Verwaltung wäre fatal.

Weniger freigestellte Personalräte
Die Landesregierung plant, weniger Personalräte freizustellen. Begründet wird dies damit, dass es für sie weniger zu tun geben wird – kein Wunder, wenn man ihnen die Mitspracherechte entzieht! So sollen sich Personalräte etwa bei Kündigungen in der Probezeit, Kürzungen der Anwärterbezüge oder Unterhaltsbeihilfe, Privatisierungen, Widerruf bei Entlassungen von BeamtInnen auf Probe, Auslagerungen von Arbeitsplätzen zwecks Heimarbeit und bei der förmlichen Erörterung heraushalten. Bisher gab es einen freigestellten Personalrat pro 300 bis

600 Beschäftigte. Nach dem Willen der Landesregierung müssen es dann 601 bis 1.000 Beschäftigte sein. Selbst der Bund und auch alle anderen Länder außer Baden-Württemberg haben großzügigere Regelungen für freigestellte Personalräte. Die geplanten NRW-Regelungen werden den unterschiedlichen Anforderungen der Personalratstätigkeit (vor allem bei Behörden mit dezentralen Standorten) nicht gerecht.

Einführung eines Personalmanagements (PEM)
Innerhalb des neuen Personalmanagements, einer Art Stellenpool der öffentlichen Verwaltung, soll die Mitbestimmung sogar komplett ausgehebelt werden. Das ist umso dramatischer, als die Beschäftigten im PEM relativ frei an andere Orte versetzt werden können. Das akzeptieren die GRÜNEN nicht. Gerade die Beschäftigten im PEM haben einen besonderen Schutz durch die Personalvertretungen verdient.

Kein Roulette

bei ARGE-Personal

Alle sechs im Rat vertretenen Fraktionen beantragten die Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der ARGE. Der Bund wird aufgefordert, alle 134 befristeten Stellen bei der ARGE Wuppertal in unbefristete Stellen umzuwandeln, das ist ein Drittel des Gesamtpersonals. Der Bund hatte im Januar angekündigt, diese eingearbeiteten MitarbeiterInnen durch neu eingestelltes, fachfremdes Personal zu ersetzen. Das sei ökonomisch unsinnig, sagt auch Gabriele Mahnert, die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion. Eine solche Idee sei sozialpolitisch verheerend und gefährde die Arbeit der ARGE. Die Resolution wurde mit sehr großer Mehrheit angenommen. Wir hoffen sehr, dass der Bund die besseren Argumente anerkennt und das gut geschulte Personal bei der ARGE lässt.

ANZEIGE

Partei ergreifen

Werde Mitglied bei Grün!
www.gruene.de

Politik geht alle an! Und DU hast uns gerade noch gefehlt!

Wir GRÜNE, das sind unser Mitglieder: Ihr Engagement, ihre Kreativität, ihre neuen Ideen und ihr Wissens- und Erfahrungsschatz sind unverzichtbar für unsere Arbeit. Wenn auch Du Partei ergreifen willst oder mehr Information wünschst, dann melde Dich unverbindlich bei

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Wuppertal
Oberbergische Str. 8
42285 Wuppertal

fon: (0202) 87 811
fax: (0202) 82 444
mail: gruene.wuppertal@t-online.de
internet: www.gruene-kvwuppertal.de